

# „Der Staat ist ziemlich übergriffig geworden“

FDP-Vizepräsident Wolfgang Kubicki zieht in seinem neuen Buch eine gemischte Bilanz der deutschen Corona-Politik

## Interview: Philipp Hedemann

FDP-Vizepräsident Wolfgang Kubicki sieht durch die Corona-Politik der deutschen Bundesregierung die Verfassung und den Rechtsstaat in Gefahr. Mit dem „Luxemburger Wort“ spricht er über Querdenker, einen möglichen Impfwang und die tiefen Gräben, die durch Corona entstanden sind. Sein neues Buch „Die erdrückte Freiheit: Wie ein Virus unseren Rechtsstaat aushebelt“ erscheint heute im Westend Verlag.

**Wolfgang Kubicki, in Ihrem neuen Buch schreiben Sie, dass die Corona-Maßnahmen der Bundesregierung das deutsche Grundgesetz ausgehöhlt haben. Was ist Ihnen wichtiger: der Schutz von Menschenleben oder der Schutz der Verfassung?**

Der Schutz von Menschenleben und der Schutz der Verfassung sind kein Antagonismus. Im Gegenteil: Die Verfassung soll Menschenleben schützen. Aber dabei ist entscheidend, dass alle Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Pandemie ergriffen werden, dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit untergeordnet sind. Es ist schlichtweg eine falsche Behauptung, dass alles, was getan wird, um das Virus zu bekämpfen, gerechtfertigt ist, weil es Menschenleben schützt. Die Bundesregierung ist leider immer häufiger von evidenzbasierten Überlegungen zu dieser Behauptung übergegangen. Aber nach über eineinhalb Jahren Pandemie darf man mit abstrakten Vermutungen und Behauptungen keine massiven Grundrechtseinschränkungen mehr begründen. Sonst besteht die Gefahr, dass wir nicht mehr aus der Situation eines dauernden Ausnahmezustandes rauskommen. Die Verfassung gilt nicht nur bei schönem Wetter. Sie gilt immer. Auch und gerade in der Krise. Gerade in schwierigen Zeiten zeigt sich der Wert einer Verfassung und der rechtsstaatlichen Ordnung.

**Viele Virologen gehen davon aus, dass die Bundesnotbremse einen wichtigen Beitrag zum Rückgang der Corona-Zahlen geleistet hat. War diese Einschränkung der Freiheit dann nicht gerechtfertigt?**

Ich teile diese Behauptung nicht, denn der Rückgang der Infektionszahlen begann bereits, bevor die Bundesnotbremse ihre Wirkung entfalten konnte. Zeitgleich entwickelten sich übrigens auch die Inzidenzzahlen unserer europäischen Nachbarländer fast identisch nach unten. Will heißen: Wir hätten den gleichen Verlauf höchstwahrscheinlich auch ohne Bundesnotbremse gehabt. Da sind sich die meisten Wissenschaftler mittlerweile einig.

**Sie halten die Bundesnotbremse also für eine Fehlentscheidung?**

Ja, sicher. Sonst würden wir sie nicht vor dem Bundesverfassungsgericht beklagen. Aus Infektionsschutzgründen war sie nicht notwendig. Sie war lediglich als politisches Symbol notwendig, um zu dokumentieren, dass die Maßnahmen der Bundesregierung überhaupt zu irgendetwas genutzt sind und um die vielen Grundrechtseinschränkungen zu legitimieren.

**Nicht nur Regierungsmitglieder und viele Virologen sehen das anders. Sie sind der Meinung, gesetzliche Einschränkungen waren und sind notwendig, weil man sich vor allem beim Schutz gefährdeter Bevölkerungsgruppen**



*Laut Wolfgang Kubicki ist jeder zunächst selbst für seine Gesundheit und für seinen Infektionsschutz verantwortlich.*

Foto: dpa

**pen nicht allein auf die Vernunft der Bürger verlassen kann.**

Dieses Argument wird immer wieder bemüht. Ich bin jedoch der Meinung: Jeder ist zunächst selbst für seine Gesundheit und für seinen Infektionsschutz verantwortlich. Wenn alle Menschen FFP2-Masken tragen, ihre räumliche Mobilität etwas einschränken und sich alle zwei oder drei Tage selbst testen oder testen lassen, reduziert sich die Infektionsgefahr ganz erheblich. Es ist nicht Aufgabe des Staates, dem Einzelnen die Verantwortung abzunehmen, sondern es ist Aufgabe des Staates, darauf hinzuwirken, dass der Einzelne seine Verantwortung wahrnimmt. Aber das erreicht man nicht, indem man Menschen Angst macht.

**Was sollte der Staat stattdessen tun?**

Den Bürgern erklären, wie sie sich schützen können. Ich erinnere mich noch, als HIV uns erstmals bedrohte. Folgerichtig gab es damals große Aufklärungskampagnen, wie man sich schützen kann. „Gib Aids keine Chance“ konnte man fast überall lesen. Vergleichbare Aufklärungskampagnen hatten wir in der Corona-Krise bedauerlicherweise nicht.

**Sie unterstellen der Regierung, dass sie die Freiheit länger und massiver einschränkt als es der Infektionsschutz erfordert. Welches Interesse sollte die Regierung daran haben?**

Ich unterstelle das nicht nur, sondern es ist offenkundig so. Es gibt eine verfassungsrechtliche Pflicht, mög-



Wolfgang Kubicki ist Abgeordneter und Buchautor. Foto: Getty Images

lich schnell zu einem Normalzustand zurückzukehren. Aber selbst Winfried Kretschmann, den ich bisher für einen sehr, sehr vernünftigen Menschen gehalten habe, sagte sinngemäß, dass wir vielleicht dazu übergehen müssten, auf das Virus mit unverhältnismäßigen Maßnahmen zu reagieren – auch wenn es verfassungswidrig ist. Das ist ungeheuerlich. Selbstverständlich regiert es sich leichter, wenn man Parlamente nicht befragen muss. Politische Entscheidungsträger wie Markus Söder meinen, sich so leichter als Helden beweisen zu können. Ich glaube, dass sich einige handelnde Personen auch darin gefallen, jeden Tag bei einer Pressekonferenz aufzutreten, um dann bewundert zu werden oder herausragend gute Umfragedaten zu bekommen.

**Müssen die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland tatsächlich Angst vor einem Staat haben, der Freiheitsrechte verfassungswidrig einschränkt und Exekutivrechte exzessiv stärkt? Ist das nicht Panikmache?**

Leider ist es keine Panikmache. Denn es schleicht sich langsam aber sicher ein Bewusstseinswandel ein. Er besteht darin, dass alle Maßnahmen legitimiert sind, wenn sie einem vermeintlich vernünftigen Zweck dienen. Rechtsstaat geht nur, solange nicht irgendeine große Gefahr droht, ist der Gedanke. Wird es brenzlich, gilt der Rechtsstaat plötzlich nicht mehr. Recht und Verfassung spielen dann keine Rolle mehr. Egal, ob Pandemie, Klimawandel, Migration oder Kriminalität – der Zweck, der die Mittel heiligen soll, muss nur groß genug sein. Und das bereitet mir riesige Sorgen.

**Aber Deutschland ist doch auch in der Pandemie nicht zur Autokratie geworden ...**

Uns unterscheidet von autokratischen Systemen vor allem, dass der Bürger alles darf, was ihm nicht verboten wird. Der Staat hingegen darf aus gutem Grund nichts, was ihm nicht ausdrücklich erlaubt ist. Aber von diesen wichtigen Grundsätzen weichen wir mittlerweile immer mehr ab. Dem Bürger wird immer mehr verboten, oder moralischer Druck – Stichwort

Auslandsreisen – soll ihn davon abhalten, etwas zu tun, was ihm explizit erlaubt ist. Der Staat hingegen ist in einigen Bereichen ziemlich übergriffig geworden und maß sich das Recht auf Einschränkungen an, auch wenn er dafür keine rechtliche oder verfassungsrechtliche Handhabe hat. Doch zum Glück leben wir in einem Rechtsstaat. Deshalb gab es seit Beginn der Pandemie pro Monat rund zehn Gerichtsentscheidungen von Obergerichten, in denen die Maßnahmen der Exekutive als offensichtlich verfassungswidrig kassiert wurden. Eine beachtliche Zahl.

**Befürchten Sie, mit Ihrer scharfen Kritik an der Regierung Querdenkern und Politikverdrossenheit Vorschub zu leisten?**

Ich glaube, das Gegenteil ist der Fall. Denn wenn wir offen über Fehler der Regierung bei der Pandemiebekämpfung diskutieren und Gerichte die Regierung dazu bringen, Entscheidungen rückgängig zu machen, machen wir deutlich, dass der demokratische Rechtsstaat funktioniert und niemand mit Verschwörungstheorien arbeiten muss. Querdenkern und Verschwörungstheoretikern wird so die Grundlage entzogen.

**Wird es in Deutschland je einen Zwang geben, sich gegen Corona impfen zu lassen?**

Ich kann sicher sagen: Wenn es einen staatlichen Impfwang geben sollte, führt das zu einer massiven Spaltung der Gesellschaft. Die Bundesregierung hat jedenfalls mehrfach versprochen, dass es dazu nicht kommt. Sie muss für die Impfung werben und für niedrigschwellige Angebote sorgen. Doch mit dem Angebot muss der staatliche Auftrag enden. Im Übrigen halte ich die aktuell diskutierte strukturelle Benachteiligung von Ungeimpften mittelfristig für verfassungswidrig. Sobald jede und jeder ein Impfangebot bekommen hat, müssen sämtliche Beschränkungen fallen. Der Rechtsstaat kann seine Bürgerinnen und Bürger nicht dazu zwingen, etwas zu tun, was er selbst für vernünftig hält. Es gibt weiterhin das Recht auf individuelle Unvernunft – sofern jede und jeder die Möglichkeit hat, sich selber zu schützen.

**Welche vorläufige Bilanz der deutschen Corona-Politik ziehen Sie?**

Eine gemischte. Zunächst einmal können wir froh sein, dass wir im Vergleich zu fast allen unseren Nachbarländern und den meisten Ländern der Welt bislang vergleichsweise glimpflich durch die Pandemie gekommen sind. Mit den staatlichen Maßnahmen hat das allerdings ziemlich wenig zu tun. Wir haben das ganz große Glück, ein weltweit vielleicht einmaliges Gesundheitssystem zu haben, das auch auf dem Höhepunkt der Pandemie alle Patienten medizinisch gut versorgen konnte. Allerdings hätten geeignete staatliche Maßnahmen zur rechten Zeit zu deutlich weniger Erkrankten und Todesopfern führen können.



„Die erdrückte Freiheit: Wie ein Virus unseren Rechtsstaat aushebelt“, Wolfgang Kubicki, Westend Verlag, 128 Seiten, ISBN: 978-3864893469, 14 Euro.